Plädoyer für ein Dokumentations- und Gedenkzentrum gegen Vertreibungen

Das Recht, aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht

Die IGFM hat sich in den vergangenen Jahren vor allem im ehemaligen Jugoslawien, im Kosovo, in Ruanda und im Kongo gegen Vertreibung und für Flüchtlinge eingesetzt.

„Ich bin der Auffassung, daß, hätten mehr Staaten seit dem Ende des 2. Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demographischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären.“ (UNO-Hochkommissar für Menschenrechte José Ayala-Lasso, 28.5.1995)

Generationen von Vertriebenen haben ihr Leid schweigend mit sich getragen. Während über das Leid von anderen immer gesprochen wurde, mussten sie die Ungerechtigkeit erleben, dass dem eigenen Leiden nur Schweigen und Tabuisierung galt, so als ob die Vertriebenen für dieses Leid selbst verantwortlich gewesen wären. Es ist der Eindruck entstanden, als ob die Opfer in separaten Kategorien von politisch korrekten und politisch inkorrekten Opfern aufgeteilt und abgeurteilt werden könnten.

In Japan erinnert jährlich der Schlag auf die Glocke im Dokumentations- und Gedenkzentrum in Hiroshima die gesamte Welt an das Leid, das eine einzige Bombe über die Stadt brachte. Trotz der Kriegsschuld Japans zweifelt niemand an den Friedenssignalen, die von diesem Dokumentations- und Gedenkzentrum in alle Welt gehen. Es stünde Deutschland gut zu Gesicht, von einem Dokumentations- und Gedenkzentrum gegen Vertreibungen in Berlin gleiche Friedenssignale auszusenden.

Darum setzen wir uns für die Errichtung dieses Zentrums ein.

Vor-, Nachname	Straße	Plz, Ort	Unterschrift	Bitte schicken sie mir weitere Infos über die Arbeit der IGFM. (Bitte ankreuzen)
				☐
				☐
				☐
				☐
				☐
				☐
				☐
				☐
				☐

Bitte (auch unvollständig) einsenden an die: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt/M., Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.menschenrechte.de oder www.igfm.de